

Dresdner Journal.

für die Gesamtleitung verantwortlich: Hofrat Otto Band, Professor der Literatur- und Kunstgeschichte.

Annahme von Anzeigen answärts:

Leipzig: Fr. Brunschwiler, Kommissionsverlag des Dresdner Journals; Hamburg: Berlin-Wien-Leipzig: Bassel-Breiden-Frankfurt a. M.: Haasenstein & Vogler; Berlin-Wien-Konstanz-Frankfurt a. M. München: Rud. Mose; Paris-London-Berlin-Frankfurt a. M.-Stuttgart: Duncker & Co.; Berlin: Jenschidowitsch; Breslau: Emil Kalmbach; Hannover: C. Schönscheider; Halle a. S.: J. Barck & Co.

Herausgeber:

Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingstraße 20. Fernsprech-Anschluss: Nr. 1296.

Bezugspreis: Für Dresden vierteljährlich 3 Mark 80 Pf., bei dem Kaiserl. deutschen Postamt vierteljährlich 4 Mark; auswärts des deutschen Reichs jährlich 5 Mark; Stempelzuschlag hinzu. Einzelne Nummern: 10 Pf. Anzeigengebühren: Für den Raum einer gespaltelten Zeile kleiner Schrift 20 Pf. Unter „Kingsmarkt“ die Zeile 20 Pf. Bei Tabellen- und Ziffern: entspr. Aufschlag. Erscheinen: Täglich mit Ausnahme der Sam- u. Feiertage abends. Fernsprech-Anschluss: Nr. 1296.

Amthlicher Teil.

Dresden, 25. Oktober. Se. Durchlaucht der Fürst Reich v. Heinrich XIV. ist heute Vormittag wieder abgereist. Se. Majestät der König haben dem Oberhofmarschall, Ritmeister à la suite der Armee, Grafen Sigmund v. Eckardt das Comthurkreuz 1. Klasse des Verdienstordens Albrechts zu verleihen geruht. Dresden, 19. Oktober. Se. Majestät der König haben Albrechtsorden geruht, dem Ritter Carl Bernhard Richter in Wlasowitz das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden zu verleihen. Se. Majestät der König haben Albrechtsorden geruht, für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 30. September 1894 die bisherigen stellvertretenden Handelsrichter Kaufleute Karl Philipp Bedmann und Carl Adolf Meyer in Leipzig sowie die Kaufleute Anton Sidmantel in Großhauer und Gustav Franz Waselewsky in Leipzig zu Handelsrichtern und die Kaufleute Friedrich Anton Adolf Rehwoldt und Paul Emil Herfurth in Leipzig zu stellvertretenden Handelsrichtern bei den Kammer für Handelsachen im Landgerichte Leipzig zu ernennen.

Nichtamtlicher Teil.

Telegraphische und telephonische Nachrichten. Buda-Pest, 24. Oktober. (D. B. H.) Nach amtlicher Meldung wird die diesjährige Perzente Ungarns eine mittlere sein. Dieselbe beträgt 92 Millionen Retzgeranten gegen 98 Millionen im Vorjahre und 108 Millionen im Jahre 1891. Paris, 24. Oktober. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Der heutige Galavorstellung in dem Grand Theater wohnten außer den russischen Offizieren der Präsident Carnot, Ministerpräsident Dupuy, General Sausser und der russische Botschafter, Baron v. Rosenheim bei. Bei dem Eintritt des Admirals Welles spielte die russische Hymne und bei dem einige Minuten darauf erfolgenden Eintritt des Präsidenten Carnot wurde die Marschmusik gespielt. Paris, 25. Oktober. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Nach der Vorstellung im Grand Theater reisten die russischen Offiziere, von der Volksmenge lebhaft begrüßt, nachts 1 Uhr nach Toulon zurück. Journal, 25. Oktober. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Während der Vorstellung der Oper „La Traviata“ brach infolge einer Gasexplosion im Theatergebäude Feuer aus. Es entstand eine fürchterliche Panik; viele Personen wurden verletzt. Brüssel, 24. Oktober. (D. B. H.) Nachrichten von Kongo melden, daß der Kommandant Postier die letzte Festung der Araber, Kirwa, welche von Ribonge verteidigt wurde, erobert hat. Diese Eroberung eröffnet dem Kongostaat ausgedehnte Ländererträge an der östlichen Grenze. London, 24. Oktober. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Wie das „Neuerische Bureau“ meldet, übersandte das diplomatische Corps in Peking eine zweite eingehend begründete Note an das Tsung-li-Yamen, betreffend die Rückermehrung der schwedischen Missionare in Sanyun. In derselben wird die Auf-

merksamkeit auf das Verhalten des Bischofs von Chang-Chi-Tung gelenkt. Es werden ferner Befürchtungen für die Europäer im Innern des Landes ausgesprochen und schließlich die chinesischen Beamten beschuldigt, daß sich dieselben nicht an die kaiserlichen Befehle vom 13. Juni 1891 halten. London, 25. Oktober. (Tel. d. Dresdn. Journ.) Das „Neuerische Bureau“ meldet aus Washington: Die demokratischen Senatoren, welche für die freie Silberprägung eintreten, erklären, sie würden die Abstimmung über den Widerruf der Shermanakte nicht mehr hindern. Man nimmt daher an, daß die Abstimmung voraussichtlich in acht Tagen erfolgen wird. Kopenhagen, 24. Oktober. (D. B. H.) Im Folkething wurde bei der gestrigen ersten Lesung des provisorischen Finanzgesetzes für das gegenwärtige Jahr vom Abg. Christensen-Strahl (radikal) der Inhalt des Gesetzes als verfassungswidrig und die Vorlage des Gesetzentwurfs durch die Regierung als eine Mißachtung des Things bezeichnet, da das Gesetz nach privater Vorlage schon verworfen worden sei; der Übergang zum zweiten Lesung müsse verweigert werden. Abg. R. J. Larsen (moderat) bemerkte, daß das Thing wie in den Vorjahren durch die Heranziehung des provisorischen Finanzgesetzes ungültig gemacht habe; es sei jetzt aber eine vorläufige Bewilligungsvorlage, die wie alle andere Gesetze behandelt werden müsse. Der Finanzminister beteiligte sich nicht an den Verhandlungen. In namenthlicher Abstimmung wurde der Übergang des Gesetzes zum zweiten Lesung mit 48 gegen 23 Stimmen und die Bewilligung an den Finanzansatz beschlossen. Christiania, 24. Oktober. (D. B. H.) Das Departement des Innern erklärt gegenüber einer aus Bern telegraphisch verbreiteten Nachricht über den Abbruch der Handelsstrafverhandlungen zwischen Norwegen und der Schweiz, daß die Verhandlungen nur ausgesetzt und der norwegische Bevollmächtigte nur vorläufig Bern verlassen habe, da der schweizerische Bevollmächtigte einen Urlaub erhalten hatte. St. Petersburg, 25. Oktober. (Tel. d. Dresdn. Journ.) An Cholera erkrankten 13 Personen: Vom 20. bis 23. d. Mts. in St. Petersburg 84 bez. 23, vom 17. bis 19. d. Mts. in Moskwa 5 bez. 3, vom 8. bis 14. d. Mts. in Scharjapopol 20 bez. 12; in den Gouvernements: Barjapan 24 bez. 11, Wolhynien 539 bez. 213, Grodnno 52 bez. 22, Kalisch 7 bez. 8, Kursk 217 bez. 46, Lombla 478 bez. 223, Lublin 2 bez. 1, Mowelen 100 bez. 38, Ploz 26 bez. 13, Suwalki 2 bez. 1 und vom 24. September bis 14. Oktober in Kiew 262 bez. 100. (Fortsetzung der Telegramme in der Beilage.) Dresden, 25. Oktober. Der erste Kampf um die österreichische Wahlreform-Vorlage. Gleich der Beginn der ersten Lesung der Wahlreform-Vorlage hat die Stellung der Parteien klar beleuchtet — die radikalen Parteien sind für, die konservativen gegen dieselbe gestimmt — und außerdem eine wichtige Auslassung seitens der Regierung gebracht, mit welcher die herrschende Erregung gelindert und der Debatte ein ruhiger Lauf vorgewiesen werden sollte. Graf Taaffe leitete die Parlamentarverhandlung am Montag mit einer Erklärung ein, in der er zuerst das Festhalten der Grundzüge der Vorlage,

andererseits aber auch ein großes Entgegenkommen, ein festes Bestreben, den aufgelauchten schwersten Besorgnissen die Spitze zu nehmen, zum Ausdruck gelangte. Der Ministerpräsident rechtfertigte vor allem die Initiative der Regierung, durch welche letztere ihre Stellung zu den verschiedenen des Hauses betreffenden Wahlreformvorlagen betonen wollte, und wies neuerdings die Annahme zurück, als wäre in der Vorlage eine feindselige Absicht gegen irgend eine politische Partei oder eine Bevölkerungsklasse verborgen. Ferner betonte Graf Taaffe den Entschluß der Regierung, an dem Grundgedanken der Reform festzuhalten. Dieser Kern sei die bereits am 10. Oktober in Vorlesung gebrachte mögliche Erweiterung des Wahlrechts, durch welche die der staatlichen Ordnung seitens der bisher politisch rechtlos gewordenen Volkselemente drohenden Gefahren abgewendet werden können; diesen leitenden Gedanken wolle die Regierung nicht aufgeben, sie hoffe jedoch, daß es, eine grundsätzliche Einigung vorausgesetzt, bei Sicherung bestehender politischer Verhältnisse gelingen werde, zu diesem Ergebnis vorzudringen. Zweifellos ist die Erklärung aus der Absicht der Regierung hervorgegangen, den Wünschen der Parteien näherzukommen, aber während sich aus derselben so vielerlei ableiten läßt, daß die Regierungsvorlage in ihren am meisten bestrittenen Bestimmungen als aufgegeben erscheinen kann, ist ein positiver Gehalt in Bezug auf die Grundzüge einer Verfassung, auf die Möglichkeit und die Wege zur Schonung der bestehenden politischen Verhältnisse nicht gegeben. Die Wahlreform, welche Graf Taaffe plant, liegt den Abgeordneten in einem formulierten Gesetzentwurf vor, diejenige hingegen, welche die Regierung mit Berücksichtigung der erhobenen Einwendungen annehmen würde, kennt niemand. Dafür enthält die Erklärung, wie die „R. Fr. Pr.“ in der Auffassung ganz übereinstimmend mit dem „Fremdenblatt“ sagt, nur: ein allgemeines, jeder Auslegung und Unterlegung zugängliches Versprechen, eine Anweisung auf die Zukunft, die nur zu deutlich verrät, daß sie in den Verlegenheiten der Gegenwart ihren Ursprung hat und das allein kann eine Erklärung dafür abgeben, daß eine aufsehende so bedeutsame Regierungsmaßnahme geradezu spurlos an dem Abgeordnetenhaus vorbeigegangen ist. Denn an die Auslassung des Grafen Taaffe, die mit beifälliger Wirkung eine Grundlage für die weiteren Verhandlungen geben sollte, knüpfte sich eine höchst erregte, je teilweise mit verlebender Schwulst geführte Debatte. Dieselbe wurde gekennzeichnet durch die Ausreden der Führer der zwei größten Parteien des Hauses, v. Plener und v. Javorah; beide Parlamentarier übergangen das in der Taaffeschen Erklärung enthaltene Versprechen mit Stillschweigen. Der Führer der Deutsch-Liberalen entschied sich für ein Protivotum auf Grund des Antrages Boerentheil, der es ermöglichen würde, zwanzig Arbeitervertreter binnen kurzem ins Haus zu berufen. Man wird diesbezüglich, sagt das „Fremdenblatt“, vielleicht mancherseits der Ansicht sein, daß das Protivotum auch nicht ohne schwere Kämpfe zu erzielen wäre. Aber richtig ist die Anschauung v. Pleners, die neue Wahlreform sei nur durch ein parlamentarische Einverständnis aller Parteien des Hauses zu erzielen; sie sei nicht durch eine Mehrheit zu erzwingen, sonst brächte sie den Tadelkeim mit auf die Welt. Eine neue Gruppe, eine Vermehrung aller Wähler, ein Einverständnis aller Parteien, — das sind die wesentlichen Vorzüge der Plenerschen Rede, deren rücksichtslose Schärfe von der Oppositionspresse, namentlich von der „R. Fr. Pr.“ noch gesteigert wird, indem letzteres Blatt in einem selbst durch die Erregung des Augenblicks nicht gerechtfertigtem Tone schreibt: „Das Schlimmste, was in dem Verhältnisse

zwischen Parlament und Regierung eintreten kann, ist eingetreten. Man glaubt der Regierung nicht mehr. Man giebt sich keine Mühe mehr, zu ergründen, was in der Erklärung des Ministeriums enthalten und was darin nicht enthalten ist, weil alle Parteien überzeugt sind, daß sei bei einem Ministerium nicht zu ergründen, welches sich zu dem System bekennet: „Wir haben nur für den Augenblick zu sorgen, dann möge Gott weiter helfen.“ Nicht bloß die der faktischen Opposition so oft beschuldigte Linke, auch die Polen, denen erst vor sechs Wochen in Jaroslau aus dem berufenen Munde das Zeugnis ausgestellt wurde, daß sie mit wahrem Patriotismus stets das Interesse der Monarchie im Auge behalten, sind bei dieser Überzeugung angelangt. „Die Erklärung, welche wir heute aus dem Munde des Hrn. Ministerpräsidenten gehört haben, belehrt mich auch nicht“ — das war die ganze Antwort des Hrn. v. Javorah auf die Rede des Grafen Taaffe. Der Vorkämpfer trat der Regierungsvorlage mit Nachdruck und nicht ohne Bitterkeit entgegen. Eine tiefe Verstimmlung über die Störung der politischen Waffenruhe durchzog die Rede dieses Politikers, den man bisher unter den Wegener der Regierung erblickt hat. Sein Auftreten rief am Montag die nachhaltigste Bewegung im Parlament hervor; „man hatte während des Vortrags die Empfindung, vor einer großen Wandlung unserer Verhältnisse zu stehen“, sagt das „Fremdenblatt“. Er bezeichnete die Vorlage als ein unfeliges Mittelglied von Bureaukratismus und Sozialismus, das niemandem befriedigt. Er erblickt in dem allgemeinen Wahlrecht den Pfadbrecher für den stärksten Zentralismus. In dieser Hinsicht, schreibt das genannte Organ, welches die Vertretung des ministeriellen Standpunkt in der Wahlreformvorlage auffälligerweise ganz der (alten) „Freie“ überlassen hat, „weicht demnach die Auffassung der Linken von jener der Polen ab, aber der Beweis ist damit erbracht, daß das allgemeine Stimmrecht nicht ohne Beachtung der vorhandenen nationalen und staatsrechtlichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden kann. Über diese Wechselwirkung muß volle Klarheit herrschen und ohne diese kann es in das politische Leben Österreichs nicht eingeführt werden. Jede Partei strebt vor dem allgemeinen Wahlrecht als vor etwas gänzlich Unbekanntem, und der ganze Staat nicht minder. Das ist Grund genug, mit Vorsicht zu Werke zu gehen. Die Zufriedenheit neuer Volksteile darf doch nicht mit der Unzufriedenheit der bisher zur Leitung des Staates gehörigen Klassen und nationalen Schichten erkaufte werden. Man würde dann nur die Unzufriedenheiten vertauschen. An der Erweiterung des Wahlrechtes wird das Haus festhalten müssen, aber es wird das allgemeine Stimmrecht nicht über andere geltenden politischen und nationalen Verhältnisse stellen, sondern es denselben unterordnen müssen. Fügen sich bei uns alle Prinzipien der staatlichen und historischen gewordenen Zuständen, so wird auch diesem die gleiche Notwendigkeit nicht erpart bleiben.“ In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ist die ablehnende Erklärung der dritten großen Partei erfolgt; Graf Javorah erklärte die Wahlreformvorlage als unannehmbar und entschied damit das Schicksal des Gesetzentwurfs in der vorliegenden Fassung zu Ungunsten der Antragstellerin, der es nun anheimgegeben ist, eine Verabredung mit den Parteien auf klar festgelegter Grundlage zu suchen oder an eine neue Volksvertretung sich zu wenden.

Tagesgeschichte.

Dresden, 25. Oktober. Ihre Majestäten der König und die Königin sind nach Beendigung der Jubiläumsgelächlichkeiten gestern wieder nach der Königl.

Kunst und Wissenschaft.

A. Postreiter. — Neustadt. — Am 24. Oktober: „Ein Wintermärchen“ Schauspiel in fünf Akten von Shakespeare. Nach der Schlegel-Tiedtschen Übertragung. Die schon vor kurzer Zeit über die Bühne gegangene Vorstellung hatte ein besetztes Haus gefunden, darunter auch ein kleines außerhalb des Abonnements stehendes Publikum. Bei dem im Ganzen löblichen Grandjeu, beim Drama in der Ausgestaltung möglichst harmlos zu sein, hat unsere Darstellung des genannten Werkes immer die Aufgabe gehabt, der Phantasie der Zuschauer viel des Möglichen von der poetisch-malerischen Gesamtwirkung zu überlassen, und es ist natürlich, daß die Geniehung dabei auf dem Empfang solcher Eindrücke verzichtet werden muß, wie sie vor einigen Jahren durch ein großes, Geist und Sinne fast überwältigendes Beispiel der Wintermärchenaufführung den erlesenen Kunstfreunden Deutschlands dargeboten wurde. Gerade die für die Zauberkünste der Vertreter geschlossene dramatische Märchenpoesie wird durch solchen Festhaltung, der sich auch eine Heiterparodie bei der Einarbeitung erhebt, selbstverständlich am schwersten getroffen. Diesen Einschränkungen von Mitteln und Kraftverbrauchs gegenüber haben wie alle Ursache, mit den erreichten Ergebnissen wohl zufrieden zu sein und — besonders der guten Einzelleistungen zum Besten der mangelhaften Gesamtleistung zu erfreuen.

Diese geistige Erbauung findet ganz besondere Unterstützung durch Fel. Ulrichs Wiedergabe der Germanienrolle, in welcher sie eine große Feinheit und Vornehmheit der Auffassung und eine feilsch tiefe Empfindung zum Ausdruck zu bringen versteht. Daneben hat Hr. Draeh den fränkischen Geist der Eifersucht, die jähzornige Heftigkeit, den Dämon der blind-gebornen Unerleuchtung mit wirksamem Erfassen der Gegensätze festgehalten. Die Leistungen in fast allen andern Partien scheinen noch einer bedeutenden Steigerung fähig und beherztig zu sein, weshalb ich schon die vorletzte Aufführung mit Stillschweigen übergegangen habe. C. B. Lady Sibylle. Erzählung von E. Schroeder. (Fortsetzung.) „Ja, ja“, entgegnete sie mit einem schmerzlichen Zucken der Lippen. „Was nützt's auch schließlich, es immer wieder an das Tageslicht zu zerren, das arme alte Skelett, und sich unter Seufzen und Stöhnen zu sagen: Das sind nun die traurigen Reste von all der Herrlichkeit! Ohnne wir ihm also die Ruhe im Tode.“ Es war ihm, als habe er sich nie in einer peinlicheren Lage befunden. Wenn sie noch immer an der fatalen Leidenschaft laborierte, von der er damals so schnell genesen war, wie durfte sie es ihm so angeständig machen? „Rein Stolz“, dachte er bei sich, „keine Spur von Stolz in ihr!“ Dann eilte er, ein Ende zu machen. „Run denn, zum Abschied noch einmal meinen

tieffühligsten Dank für Ihre menschenfreundliche Dazwischenkunft vorhin“, sagte er, den Hut ziehend. „Menschenfreundlichkeit?“ wiederholte sie in bitterem Tone. „Das ist ein hübsches Wort, es paßt nur schlecht in diesem Fall. Ich sah vor Feigheit in mich selbst zusammenzuschnürte auf meiner Baumwurzel, mußte recht wohl, daß der Wahnsinnige (dafür hielt ich ihn) einen Noth im Sinne habe, wies aber alle Verantwortung weit von mir, hätte auch nicht den Finger gerührt, wenn ich nicht plötzlich die Bewußtheit erlangt hätte, daß es Ihnen aus Leben geht.“ Seine Wangen färbte sich dunkler, in ihm tochte der Hohn und mehr aus dem Hohn, als aus der Dankbarkeit heraus rief er: „Um so größer meine Verpflichtung! Ich muß etwas thun, Ihnen diese Güte zu vergelten!“ „Ach! wenn Sie mich nur nicht meiden wollen in Zukunft!“ flehte sie, „wenn Sie nur mein Freund sein wollen.“ Das hieß ihn in der fatalsten Weise beim Wort nehmen, aber er konnte nichts thun, als die Hand ergreifen, die sich ihm entgegenstreckte, und mit einem Aug darauf den Vertrag beschließen. „Aus dem Auf — so mocht er war — schien es wie Feuer in ihre Adern zu strömen. Heiß schlug es ihr plötzlich in das Gesicht und aus den Augen. „Dank“, stammelte sie, „Dank!“ als er sich nun zum Gehen wandte. Er ging in der allerstillesten Laune, nannte sie im Geiste ein aufdringliches Frauenzimmer und meinte, sie schmeie nicht übel Luft zu haben, das wieder anzukrüpfeln, wo sie vor einem Jahre hatte abbrechen müssen.

„Dürfte Ihnen schwer werden, mein Fräulein! Wir sind mit der alten Lockspeise nicht mehr zu füttern — haben davon schon einmal Probe abgelegt.“ „Indem er dies höflich durch die zusammengekauften Zähne stieß, tauchte vor seiner Erinnerung die rotblonde nixenmäßige Engländerin auf, in der er zeitweilig das getreue Kontreite Irene v. Haplebens gesehen hatte, aber — merkwürdig! — je länger er jene jetzt betrachtete, desto klarer ward ihm, daß er dieser mit dem Begriffe unrecht gethan hatte. Erstens brachte die Deutsche in ihre Liebesaffäre, wenn auch nicht mehr Stolz, so doch wenigstens etwas mehr Herz hinein, zweitens war sie auch, was die äußere Erscheinung betraf, bedeutend schöner. Wie um sich von dieser Thatsache zu überzeugen, drehte er bei dem letzten Gedanken unwillkürlich und unvorsichtigerweise den Kopf noch einmal in ihrer Richtung. Er hatte ihn zwar im Au zurückgewandt, aber daß ihr seine Bewegung nicht entgangen war, daß sie einen günstigen Schluß daraus gezogen, hatte er doch bemerkt. Ihr Antlitz, das ihm mit einem etwas schwerwärtigen Ausdruck zugekehrt gewesen war, hatte sich strahlend erhellt. „Run geht sie hin und bildet sich ein, daß der alte Bauer wieder anfängt zu wirken“, dachte er halb geizig, halb mittelbig. „Arme Maria, wenn sie ahnen könnte —“ Er seufzte, denn vor seinen Geist trat eine Gestalt, die im Gange, in der Haltung, in der ganzen Erscheinung etwas von einer Herrscherin hatte und dabei doch so sanft hingehend, so weiblich demütig aus den Augen blickte. Ihr, das wußte er, wäre die Kuletterin